



STANDPUNKTE INTERNATIONAL 18 / 2010

PETER ULLRICH

ANTISEMITISMUS, SHOAH UND «DEUTSCHE VERANTWORTUNG»

(NACH)WIRKUNGEN DES NATIONALSOZIALISMUS IM MEDIALEN NAHOSTDISKURS

Wahrscheinlich wird kein anderer internationaler Konflikt derart kontrovers und emotional in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit sowie auch und gerade in der politischen Linken diskutiert wie der israelisch-palästinensische oder weiter gefasst, der Nahost-Konflikt. Aus diesem Grund nimmt dieses Thema einen besonderen Platz in der Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Inland wie im Ausland ein. Wenngleich dabei auch in der Stiftung und ihrem Umfeld die Meinungen auseinandergehen, sehen wir unsere Aufgabe nicht darin, eine abgeschlossene, einheitliche Position zu vermitteln, sondern ein Forum für eine Debatte zu bieten, das den Ansprüchen emanzipatorischer politischer Bildung gerecht wird. Um auch dem Ansinnen analytischer Sachlichkeit Genüge zu tun, befindet sich die RLS in einem Prozess, der die Beschäftigung mit dem Nahost-Konflikt systematisiert. Ein Mitgliederworkshop im Juli 2010 bildete dafür den Auftakt. Aus ihm sind sechs Beiträge hervorgegangen, die in lockerer Folge als RLS-Standpunkte erscheinen. Nähere Informationen zur thematischen Auseinandersetzung der RLS mit dem Nahost-Konflikt finden sich darüber hinaus unter: <http://www.rosalux.de/themen/internationale-politik/thema/naher-osten>

Ich werde mich eher indirekt an das eigentliche Thema heranzuarbeiten und will mit etwas beginnen, was zunächst nichts mit dem Nahostkonflikt zu tun hat. Die deutschen und amerikanischen Sozialwissenschaftlerinnen Myra Marx Ferree, William Gamson, Jürgen Gerhards und Dieter Rucht (2002) haben eine sehr umfangreiche Studie zu medialen Abtreibungsdiskursen in der Bundesrepublik und den USA durchgeführt. Sie haben v.a. untersucht, welche Deutungsmuster im Diskurs verbreitet sind. Deutungsmuster sind so etwas wie Orientierungsrahmen, die sprichwörtlichen «Brillen» durch welche man schaut, wenn man sich einem Thema widmet. Die Forscherinnen identifizierten eine Reihe solcher Deutungsmuster, innerhalb derer um das Für und Wider der Legalisierung von Abtreibung gestritten wurde. Eines war beispielsweise das Deutungsmuster Selbstbestimmungsrecht der Frauen. Innerhalb dieses Deutungsmusters oder Frames gab es verschiedenen Positionierungen. Die Frauenbewegung benutzte es natürlich, um für das Recht auf Abtreibung zu werben. Aber innerhalb des gleichen Deutungsmusters, also innerhalb der Frage, wie viel Selbstbestimmungsrecht Frauen heute haben sollen, gab es auch konservative Stimmen, die für weniger Entscheidungsrechte plädierten, aber eben den gleichen Orientierungsrahmen hatten. Dieser Strang der Debatte kümmerte sich also um Abtreibung im Kontext der Emanzipation von Frauen.

So ein Deutungsmuster ist also etwas anderes als eine konkrete (ideologische) Positionierung. Ein Deutungsmuster ist ein kulturell fundierter Rahmen, innerhalb dessen um Lösungen, Politikansätze usw. gestritten wird. Dies zu erwähnen, ist wichtig zum Verständnis so genannter diskursiver Gelegenheitsstrukturen, kulturell hoch legitimer und relevanter Fragestellungen oder auch politischer Bruchlinien, die den Möglichkeitsrahmen des Denkbaren und Wahrnehmbaren bei der Aushandlung politische Konflikte bilden. Entsprechen unterscheiden sich je nach politischer und kultureller Situation, je nach Zeit, Land, Region usw. die vorhandenen politischen Deutungsmuster. Die Unterschiede rühren nicht zuletzt aus unterschiedlichen historischen Erfahrungen, also daraus, welche Konflikte und Problemlagen eine Gesellschaft zu bewältigen hatte oder zu bewältigen versuchte. Daraus ergibt sich, welche Blickwinkel und welche Fragestellungen zu einer gegebenen Zeit an einem gegebenen Ort überhaupt Sinn machen oder, wie das in der Politischen Kulturforschung heißt, Resonanz auslösen.

Ich bleibe nach diesem methodischen Exkurs noch kurz bei der erwähnten Untersuchung der medialen Abtreibungsdiskurse. Eines der wichtigsten Deutungsmuster, das die Forscherinnen identifizierten, nannten sie «Schutz des ungeborenen Lebens». Das Deutungsmuster war in beiden untersuchten Ländern im Diskurs prominent vertreten, in

Deutschland jedoch kam es häufiger vor, obwohl gerade konservative Religiosität hierzulande weniger stark verbreitet ist. Es unterschieden sich aber die Gründe für die Verwendung des Lebensschutzframes. In beiden Ländern gab es religiöse Argumentationen. Der Mensch habe nicht das Recht über Tod und Leben zu entscheiden, das stehe nur Gott zu. Der wichtigste Grund für die Wahl dieses Deutungsmusters war in der Bundesrepublik aber ein anderer. Die Begründungen bezogen sich sehr häufig auf die Erfahrungen der Zeit des Nationalsozialismus und insbesondere die Euthanasie, die Ermordung vieler tausender Menschen, die von der Gesellschaft als Behinderte stigmatisiert werden und von den Nationalsozialisten zu «lebensunwertem Leben» gemacht wurden. Man kann berechtigt einwenden, dass hier die NS-Opfer (wie in anderen Politikfeldern auch) instrumentalisiert werden, um die Rechte von Frauen zu bescheiden. Wichtig in unserem Zusammenhang ist aber die Beobachtung, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als diskursive Gelegenheitsstruktur ein Deutungsmuster hervorgebracht hat, das in seiner Anwendung nicht allein auf die Deutung der NS-Geschichte begrenzt bleibt, sondern auch auf andere Themen übertragen werden kann. Und die Wahrscheinlichkeit einer Übertragung solcher Deutungsmuster steigt, je enger der inhaltliche Zusammenhang der Themen ist. Dass also die deutsche Geschichte nicht folgenlos für die mediale Deutung des Nahostkonfliktes ist, ist hoch plausibel, da die Entstehung des Staates Israel untrennbar mit der Shoah verbunden ist, mit der von Deutschen geplanten und durchgeführten industriellen Massenvernichtung von über 6 Millionen europäischen Jüdinnen und Juden. Auch wenn das zionistische Projekt – der Versuch in einer jüdisch-nationalen Bewegung dem europäischen Antisemitismus durch Besiedlung Palästinas zu entkommen und so die sogenannte «Judenfrage» zu lösen – durchaus älter war, war es ja erst der Eindruck der grauenvollen Bilder aus dem Konzentrations- und Vernichtungslagern, der die Vereinten Nationen dazu brachte, die Teilung des britischen Mandatsgebietes Palästina und die Gründung eines jüdischen Staates nun abzuschließen.

Es ist ganz klar, dass der Nahostkonflikt immer daran erinnert, dass seine Voraussetzungen auch im europäischen Antisemitismus liegen und insbesondere in den deutschen Verbrechen an den Jüdinnen und Juden.

Ich will im Folgenden an Beispielen zeigen, wie sich diese historische Konstellation auf mediale Berichterstattung auswirken kann und dann im nächsten Schritt versuchen, die genaue Art dieser Verwicklungen und die dahinterliegenden ungelösten Probleme der politischen Kultur der Bundesrepublik etwas mehr zu beleuchten und zu systematisieren.

DIE MEDIEN UND DER GAZA-ABZUG

Wir haben vor einigen Jahren untersucht, wie deutsche linke Medien über ein Ereignis im Nahostkonflikt berichtet haben (Bartel/Ullrich 2008). Die kleine Studie war eine so genannte Kritische Diskursanalyse im Stile des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung. Vordergründig ging es darum zu untersuchen, ob sich in der Berichterstattung über den Nahostkonflikt Anknüpfungen an rassistische, islamophobe oder antisemitische Diskurse finden lassen. Die Frage kann ich schon einmal bejahen. Ich erwähne das hier aber aus einem anderen Grund. Zunächst war offenbar, dass es eine große Uneinigkeit in der Bewertung des Konfliktes gab. Üblicher-

weise ähneln sich ja Zeitungen und Zeitschriften eines politischen Lagers in den Grundzügen in der Bewertung einer politischen Frage. Auch das hängt wieder mit Deutungsmustern zusammen, die helfen die Komplexität der sozialen Realität zu reduzieren und bewältigbar zu machen. Das rechts-links-Schema ist eines der wichtigsten politischen Deutungsmuster, ein so genannter Masterframe unserer politischen Kultur. In diesem Fall greift es aber offensichtlich nicht. Die Linke ist – wie auch der Rest der Gesellschaft – beim Thema Nahostkonflikt heftigst zerstritten. Die Positionierungen sind extrem verschieden. Noch viel mehr als im Mediendiskurs der Gesamtgesellschaft sind die Parteinahmen total und total gegensätzlich (Ullrich 2008, 2010). Nur in dieser Radikalität und Einseitigkeit eines großen Teils der Artikel und Kommentare liegt etwas Einigendes. Ansonsten identifiziert oder solidarisiert man sich mit der einen oder der anderen Seite, mit Israel oder den Palästinenserinnen und Palästinensern. Wir hatten im Sample die *junge Welt*, das *Neue Deutschland*, die *Konkret*, die *jungle world*, den *Freitag* und die *taz*. Die Berichterstattung, die wir untersuchten, bezog sich nur auf ein Ereignis und nur einen kurzen Zeitraum, den Abzug der israelischen Truppen aus dem Gazastreifen im Sommer des Jahres 2005. Wenn man die Beiträge aber vergleicht, gewinnt man den Eindruck, dass von ganz unterschiedlichen Dingen berichtet wird. Die eher pro-palästinensisch orientierten Medien hatten ein Hauptthema, nämlich den Widerstand militanter Siedlerinnen und Siedler gegen den Abzug. Und sie haben den Abzug eher als einen klugen strategischen Schachzug des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Sharon gedeutet, der an der grundsätzlichen Besatzungssituation nichts ändere, sondern nur die Besatzung der Westbank konsolidieren soll, indem man sich des Konfliktherdes Gaza entledigt. Die pro-israelisch orientierten Medien sahen das alles ganz anders. Für sie war der Abzug ein großes Zugeständnis Israels und nun seien die Palästinenserinnen und Palästinenser gefragt. Auch bei diesen Medien stand eine Berichterstattung über Gewalt im Vordergrund. Aber diesmal ging es weniger um Gewalt der Siedlerinnen- und Siedlerbewegung, sondern um Gewalt, die von Palästinenserinnen und Palästinensern ausging, die in den verlassenen Siedlungen randalierten, verlassenen Synagogen anzündeten usw. Man hatte das Gefühl, dass eigentlich von ganz unterschiedlichen Ereignissen berichtet wurde. Damit werden aufgrund grundsätzlich unterschiedlicher Ansichten über ein Medienereignis ganz unterschiedliche Realitäten konstruiert – eine wichtige Voraussetzung der durch manchmal absolute Kommunikationsunfähigkeit gekennzeichneten linken Nahostdebatte.

Was aber noch auffällt – jetzt kommt die Rechtfertigung für meinen kleinen Ausflug in die Abtreibungsdebatte –, ist, dass häufig Deutungsmuster Verwendung finden, die eigentlich aus dem Erinnerungsdiskurs bzw. direkt aus der NS-Zeit herühren und die auf diesen Konflikt übertragen werden. Ein Autor der *jungle world*, einer der antideutschen und pro-israelischen Strömung nahestehenden Zeitung, schreibt in einer Art und Weise über das palästinensische Verhalten, die beständig Assoziationen an die nationalsozialistische Judenvernichtung weckt. Es werden Begriffe wie «Mob», «judenfrei», «Auslöschung jüdischer Existenz», «Völkermord an den Juden» verwendet, um den Eindruck zu erwecken, dass die Motivationen der Palästinenserinnen denen der Nazis ähnelten. Ein beispielhafter Ausschnitt aus dem Text: «Man muss

kein Freund der israelischen Siedlungspolitik sein, um festzustellen, dass die Auslöschung jüdischer Existenz das erklärte Ziel des Mobs war, nicht die Wiederinbesitznahme unrechtmäßig annektierten Bodens.»

Das ist nicht ganz neu und es gibt auch das genaue Gegenteil. In den siebziger und achtziger Jahren wurde Israel in linken Medien immer wieder in die Nähe zum Nationalsozialismus gerückt, meist um – auf vollkommen unangemessene Weise – die israelische Besatzungspolitik oder die Existenz des Staates an sich zu kritisieren. Linke schrieben damals – und machen dies zum Teil auch heute noch – gegen des «zionistische Gebilde» Israel, das einen Völkermord an den Palästinensern verüben und Verbrechen begehen würde, die denen der Nazi in nichts nachstehen würden. Und die *Bild*-Zeitung – damit nun zum Bewunderungsaspekt – schrieb während des 6-Tage-Krieges angesichts israelischer Erfolge begeistert über die «Erben Rommels» und – auch in Anspielung auf den Nazi-General Rommel – über den «Wüstenfuchs» Moshe Dayan. Es ist leider nicht selbstverständlich und muss immer wieder betont werden, dass all diese Vergleiche so gut wie nichts mit der tatsächlichen Entwicklung im Nahostkonflikt zu tun haben oder für Erhellung und für mehr Verständnis der dortigen Entwicklungen sorgen, sondern sie sind Ausdruck spezifisch deutscher Bedürfnisse, Befindlichkeiten und Bewältigungsversuche in der Folge des Nationalsozialismus. Woher kommt das?

VERWICKLUNGEN: ERINNERUNGSPOLITISCH GRÜNDENDE DISKURSIVE GELEGENHEITS-STRUKTUREN

Wie und warum die NS-Zeit prägend für Nahost-Deutungsmuster wurde, kann man an der eben erwähnten *Bild*-Berichterstattung zeigen. Die übergroße Mehrheit der deutschen Bevölkerung hatte die Nazis unterstützt. Gerade als es am Schlimmsten war und sich die Niederlage Deutschlands an allen Fronten abzeichnete, gab es eine ungeheure Zustimmung zum «Führer» und seinen Idealen. Entsprechend waren breite Teile der Bevölkerung antisemitisch eingestellt. Dafür hatte nicht zuletzt die jahrelange massive Propaganda gesorgt. Der Antisemitismus war natürlich 1945 nicht plötzlich verschwunden. Es gab weiter manifesten Antisemitismus und es gibt ihn bis heute. Konstant zwischen 15 und 25 Prozent der Deutschen haben jüdenfeindliche Einstellungen. Manche haben einen anderen (Aus-)Weg gewählt. Frank Stern (1991) beschreibt in seinem Buch wie angesichts des Einmarsches der Amerikaner und somit der Desavouierung des barbarischen Antisemitismus sich ganz schnell philosemitische Einstellungen bildeten – teils in schlichter Umkehr des alten Antisemitismus. Man durfte ja jetzt nicht mehr sagen, was man wirklich über die Juden dachte, wollte außerdem in deutscher Tradition bei den neuen Herren auch gut dastehen und wieder Ansehen in der Welt erwerben. Die Jüdinnen und Juden galten fortan also nicht mehr als geldgierig und aussaugend, sondern plötzlich als gute und geschickte Geschäftsleute! Und die *Bild*-Zeitung hat in ihrem Philosemitismus genau diese Umkehr betrieben. Zu den antisemitischen Stereotypen gehört auch das der Nichtwehrhaftigkeit, demgemäß Jüdinnen und Juden heimlich, hinterrücks und verschlagen agieren würden. Als die israelische Armee 1967 unerwartet erfolgreich war, musste man das Bild nur umdrehen und konnte plötzlich den «Heldentum der israelischen Soldaten» bewundern.

Es gab natürlich auch andere Beweggründe, warum sich philosemitische Einstellungen herausbildeten. Viele Linke und liberale Intellektuelle der 50er und 60er Jahre sahen in Israel vor allem den Staat der Opfer des Nationalsozialismus. Ihre Begeisterung für Israel war Ausdruck von Schuldempfinden, von Solidarität mit den Opfern und zusätzlich auch Begeisterung für die sozialistischen Elemente des (nichtbolschewistischen) zionistischen Kibbuz-Wesens. Die Begeisterung war damals aber auch schon – zumindest bei Teilen – total. In der protestantischen Kirche bildete sich ähnliches. Die Reflexion der Verstrickung von Christinnen und Christen in die NS-Verbrechen führte zur Begründung einer so genannten «Theologie nach Auschwitz». Diese ist manchmal zionistischer, messianischer und auserwähltheitsorientierter als der Zionismus selbst. In dieser Richtung wird dem Judentum eine Erlösungsfunktion im göttlichen Heilsplan beigemessen und die Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser werden allzu leicht ignoriert. Der Philosemitismus in seinen verschiedenen Spielarten, die ich hier erläutere, ist sicherlich das geringere Problem als der Antisemitismus. Es zeigt sich aber eine Verwandtschaft der verschiedenen Spielarten und auch eine Verwandtschaft mit dem Antisemitismus.

Alle erwähnten Aspekte können als Spielarten des sekundären Antisemitismus verstanden werden, des Antisemitismus nach und wegen Auschwitz. Es sind verschiedene Arten und Weisen, die Jüdinnen und Juden als Projektionsfläche zu benutzen, um mit ihrer Hilfe die Deutschen zu entschuldigen, die Vergangenheit zu entsorgen, mitzuhelfen bei der «Wiedergutwerdung der Deutschen», wie Eike Geisel dies genannt hat.

Wenn die Israelis die Wehrmacht von heute darstellen, dann sind die Verbrechen der Wehrmacht und der SS schon nicht mehr ganz so schlimm. Oder man identifiziert sich ganz mit den Opfern und reduziert sie auf diesen Opferstatus – auch dann ist man sicher, auf der richtigen Seite zu stehen. Und man muss sich nicht mehr damit auseinandersetzen, dass gerade das Opfersein auch ursächlich für Täterwerden ist.

Die Pole Antisemitismus und Philosemitismus bestimmen noch heute einen Teil der medialen Nahostwahrnehmung. Will man verstehen, woran das liegt, muss man sich dem eigentlichen Hauptproblem, dem deutschen Nationalismus zuwenden. Der Nationalismus konstruiert eine Einheit einer Gemeinschaft, auf die man sich affektiv positiv bezieht. Dies findet seinen Ausdruck im absurden Stolz der Deutschen auf Schiller und Goethe (die man zwar nicht gelesen aber im Regal stehen hat) oder das Wirtschaftswunder oder den (zumindest erhofften) Sieg bei der Fußball-WM. Der Vorstellung, man könne die deutsche Nation als überhistorische Gemeinschaft affirmieren, wird Auschwitz zum Problem. Auf Auschwitz kann man schlecht stolz sein. Daher entstand die «Auschwitzlüge». Und daher rührt der sekundäre Antisemitismus, der immer wieder versucht, Täter und Opfer umzukehren. Meist erfolgt das, indem darauf hingewiesen wird, dass die Juden sich Auschwitz ausgedacht haben, es ausnutzen, übertreiben usw. um damit den Deutschen zu schaden. Das findet sich in den deutschen Medien ganz offen im ganz rechten Spektrum. Das findet sich aber auch im Mainstream, beispielsweise, wenn Martin Walser die «Schuldkeule» nicht mehr ertragen will. In gewissem Sinne findet sich das auch in der neuen Inszenierung der Deutschen als Opfer in der so genannten «Dekade der Zeitzeugen», wie sie uns Guido Knopp immer

wieder im Fernsehen vorführt und wie sie im Mittelpunkt der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik steht.

Die große Nähe des deutschen Establishments zu Israel hat genau die gleichen Ursachen. Natürlich kann man im Mainstream nicht offen die Shoah leugnen oder relativieren, aber man kann sich mit dem identifizieren, was als Staat der Opfer wahrgenommen wird. Es ist quasi der weltweit anerkanntere Weg, der es erlaubt, stolz auf Deutschland zu sein. Zum Beispiel ist man heute sogar stolz auf die «gute Vergangenheitsbewältigung» und man kann in deren Konsequenz sogar wieder Kriege führen (Kosovo) oder unterstützen (die Antideutschen beim Irakkrieg), die ein neues Auschwitz verhindern sollen. Den Nationalismus braucht das Establishment. Er erlaubt es, im Namen des Standortes Deutschland von den Menschen zu fordern, dass sie ihre Gürtel enger schnallen sollen – und viele machen leider gerne mit.

Damit ist der Nationalismus, das Stolzsein der eigentliche Problempunkt. Am deutlichsten wurde mir dies, wenn in palästinasolidarischen Zusammenhängen von Deutschen betont wurde, dass man ja selbst «auch Vertriebener» sei. Der stete Widerspruch zwischen Auschwitz und deutschem Nationalstolz ist der Grundkonflikt, der jede Positionierung im Nahostkonflikt mitbestimmt. Daher kommt es gerade im konservativen Lager, insbesondere in der *Springer*-Presse oft zur stärksten Solidarisierung mit Israel. Die stark nationalistisch eingestellten Kreise sind am meisten auf diese Operation angewiesen.

Der Nahostkonflikt ruft immer wieder einen ungelösten kulturellen Grundkonflikt mit auf. Und weil dieser Konflikt nicht gelöst ist, kommt es zu extremen Reaktionen, zu der Heftigkeit der Auseinandersetzungen und zu vielen mehr oder weniger hilflosen Versuchen einer Lösung. Es gibt dazu nun aber auch einen institutionellen Überbau. Es gibt in allen Bereichen und im gesamten politischen Spektrum organisierte Israel- oder Palästinasolidarität. Es gibt ein dichtes Beziehungsnetz zwischen der BRD und Israel/Palästina. Beide Länder sind sehr wichtige Handelspartner füreinander. Die Wahrscheinlichkeit beispielsweise durch einen Jugendaustausch mit Israel und Palästina und dem Konflikt in Kontakt zu kommen ist sehr hoch. Dann entscheidet der Zufall mit, ob man zuerst in Palästina oder Israel war, der Propaganda welcher Seite man mehr Glauben schenkt, welcher Seite fortan die Sympathie gilt. All diese Faktoren verfestigen und verstärken die Gelegenheiten, mit dem Konflikt in Berührung zu kommen. Und das lässt noch den Konflikt selbst ganz außen vor.

Dieser hat ja ohnehin durch seine weltpolitische Bedeutung, durch seine extreme Gewaltförmigkeit, durch das mit ihm verbundene Leiden eine grausige Faszination, der man sich schwer entziehen kann. Wer einmal mit dem Konflikt in Berührung gekommen ist, wird davon sicher nicht wieder losgelassen.

Dazu kommen noch andere Aspekte, die sich auch als kulturelle Gelegenheitsstrukturen verstehen lassen. Es gibt beispielsweise in der Linken einen antizionistischen Bias, der eine lange Geschichte in der marxistische Unterschätzung des Antisemitismus und anderer Faktoren hat (Ullrich 2007). Dann gibt es natürlich auch viele Bekenntnisrituale. Offensichtlich kann sich die CDU als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus an die Seite Israels stellen, andererseits das auch aus dem NS resultierende Grundrecht auf Asyl abschaffen. Die etablierten Medien spielen genau das gleiche Spiel mit. Es wimmelt in der Berichterstattung über den Nahostkon-

flikt von hohlen Phrasen und falschen Vergleichen. Viele davon sind Rituale, die nur einem Ziel dienen, den mit dem Thema Nahostkonflikt verbundenen grundlegenden Konflikt, den Konflikt deutscher Nationalstaatlichkeit, deutschen Nationalstolzes, neuer deutscher Weltmachtansprüche usw. zu überdecken, zu kaschieren. Ihre Funktion ist ein letztlich hilflos bleibender Versuch der Reduktion kognitiver Dissonanzen.

Die kulturellen Erscheinungen, gerade die oft nur allzu hohlen, weil inhaltlich vollkommen unbestimmten Phrasen wie die von der «deutschen Verantwortung für Israel», führen dann aber auch ein gewisses Eigenleben, werden schlicht kolportiert und führen zu einer Situation, die wenig Analyse zulässt, wenig Offenheit, wenig Suchen nach Erklärungen und Verstehen, sondern die vor allem Bekenntnisse erfordert, deren Bedeutungen kaum nachvollzogen werden. Deshalb kommt es auch so leicht zu Verunsicherungen, wenn jemand den allgemein anerkannten Rahmen verlässt. *Weil* der Diskurs eine Unsicherheit kaschieren soll, ist er so anfällig für Empörung und Entrüstung; kleine Irritationen bringen das ganze Gebäude ins Wanken.

Der Erinnerungsdiskurs ist sozusagen die grundlegende diskursive Gelegenheitsstruktur für die Deutung des Nahostkonfliktes in Deutungsrahmen, die mit dem Nationalsozialismus zusammenhängen und das im doppelten Sinne der Bereitstellung von Deutungsmustern und der Berührung des aufgerufenen politisch-legitimatorischen Grundkonflikts, sodass Kai Hafez (2001) den Erinnerungsdiskurs als einen Diskurs bezeichnen kann, der den Nahostdiskurs «geschichtslogisch determiniert». Die Medienberichterstattung, so Hafez, sei in ihren israelfreundlichen Aspekten eine Ersatzhandlung der politischen Kultur. Gedient ist damit zunächst niemandem, weder Israelis, noch Palästinenserinnen und Palästinenser, noch uns, weil diese Art Diskurs mehr verunklart und vernebelt.

DISKURSIVE FEHLVERKNÜPFUNGEN UND TROTZDEM LERNEN?

Um aber nicht ganz so negativ zu enden, vielleicht ein Lichtblick. In meiner Arbeit über den linken Umgang mit dem Nahostkonflikt (Ullrich 2008) habe ich für die Linke einen Lernprozess beschrieben, der sich in den letzten Jahren herauskristallisiert hat. Das gilt allerdings noch nicht so sehr für die linken Medien, die meist noch in den alten Lagern verharren. Mit der Kontaminierung der Deutungsweisen des Nahostkonflikts durch den NS-Erinnerungsdiskurs, welcher als reichhaltiges Argumentations- und moralisches Legitimationsreservoir dient, kommt es zunächst zu den beschriebenen Extremen, besonders der Inflationierung und Beliebigkeit der NS- oder Antisemitismusvorwürfe. Das Aufeinanderprallen dieser wirren, ja gelegentlich wahnhaft anmutenden Pole aber hat ein paradoxes Ergebnis zur Folge: die Möglichkeit der Herausbildung komplexerer Sichtweisen. Jede zum Nahostkonflikt geäußerte Meinung muss hierzulande damit rechnen, dass sie auf harten Widerspruch trifft. So ist selbst auf Seiten der Extrempole eine argumentative Ausstattung nötig, die über die Ansprüche beispielsweise des vergleichsweise homogenen britischen Diskurses hinausgeht, der einfach gestrickt ist und sich entsprechend mit einfachen Antworten zufrieden gibt. Ein zusätzlicher Anreiz zur Ausbildung komplexerer Weltbilder ergibt sich im Wandel der Generationen. Nachwachsende finden bei ihrer politischen Sozialisation die Situation der Meinungskonkurrenz schon vor und können entsprechend aus einem breiten Spektrum wählen. So ergibt

sich die Situation, dass nach Wellen von pro-israelischen und pro-palästinensischen Orientierungen heute Positionierungen das Gros der Akteure bestimmen, die sich nicht einfach nur der einen oder der anderen Seite zurechnen lassen. Insbesondere die Akzeptanz für Antisemitismus ist damit erfolgreich in marginale Randbereiche der Linken gewiesen. Die Voraussetzung dafür liegt aber schon im durch die deutsche Geschichte und ihre Aufarbeitung stimulierten Vorhandensein unterschiedlicher Deutungsmuster auch in der Mehrheitsgesellschaft, die die Linke nur spezifisch aufgreift.

FAZIT

Der Nahostkonflikt, Israel, Palästina und auch das Thema Antisemitismus sind in der deutschen Öffentlichkeit hoch umstrittene Themen, Themen die emotionalisieren, die lagerübergreifend extrem unterschiedlich eingeordnet werden, die häufig Bekenntnisfloskeln herausfordern und damit große Unsicherheit signalisieren.

Es gibt vier wesentliche Faktoren, die mit der deutschen Geschichte, insbesondere dem Nationalsozialismus und der Shoah zusammenhängen, die dafür verantwortlich zeichnen, dass der Nahostkonflikt in den deutschen Medien so ein schwieriges Thema ist.

- Der erste ist der weiterhin bestehende Antisemitismus, der mal mehr, mal weniger deutlich auf Israel übertragen werden kann. Dann sagt man gelegentlich «Israel ist der Jude unter den Völkern». Kein anderes Land, mit Ausnahme vielleicht der USA, hat so viele Berufskritiker und das, obwohl so viele Staaten so viel verachtungswürdige Politik betreiben. Es gibt immer viele Israelkritiker/innen und wenige Sudankritiker/innen, Saudi-Arabien-Kritiker/innen, Kongokritiker/innen usw. Der Antisemitismus ist sowohl Erbe des NS und postnationalsozialistische Kontinuität, als auch Reaktion auf den NS – so beim sekundären Antisemitismus (wegen Auschwitz).
- Das hängt mit dem zweiten wichtigen Punkt zusammen, dem Philosemitismus. Auch dieser bildet sich in Abgrenzung zum NS – entweder als Überidentifikation mit den Opfern oder als Rettung des deutschen Nationalismus unter Anerkennung von Auschwitz
- Der dritte wichtige Faktor ist die enge Beziehung zwischen der Bundesrepublik und Israel/Palästina. Handel, Jugendaustausch, palästinensische Pässe aus der Bundesdruckerei usw. All dies sorgt neben der weltweiten Medienpräsenz des Konfliktes für eine gesonderte Wahrnehmungswahrscheinlichkeit in der Bundesrepublik.
- Und der wichtigste Punkt ist, dass der Nahostdiskurs einen wichtigen Anschlussdiskurs für den Erinnerungs- und Vergangenheits'aufarbeitungs'diskurs darstellt. Dieser Diskurs stellt einen hoch salienten Rahmen bereit, der als Brille für die Deutung des Nahostkonflikts dienen kann; als Stichwortgeber, oder als Reservoir für Relevanzkriterien.

Ich glaube nicht, dass man eine neutrale oder gar objektive Position im Nahostkonflikt einnehmen kann. Das kann man nirgendwo und das kann man hierzulande besonders schwer. Aber man kann reflektieren, welche Einflüsse die jeweilige nationale Prägung auf das eigene Denken und Wahrnehmen hat. Im deutschen Fall sieht man eine so komplexe Situation, die zu Bescheidenheit hinsichtlich der Geltungsansprüche eigener Positionen mahnen sollte, anstatt munter in den Bekenntniswahn einzustimmen.

LITERATURVERZEICHNIS

BARTEL, DANIEL; ULLRICH, PETER; unter Mitarbeit von **EHRlich, KORNELIA** 2008: Kritische Diskursanalyse. Darstellung anhand der Analyse der Nahostberichterstattung linker Medien, in: **FREIKAMP, ULRIKE; LEANZA, MATTHIAS; MENDE, JANNE; MÜLLER, STEFAN; ULLRICH, PETER; VOSS, HEINZ-JÜRGEN (HRSG.)**: Kritik mit Methode? Sozialwissenschaftliche Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik, Berlin: Dietz, S. 53–72.

FERREE, MYRA MARX; GAMSON, WILLIAM A.; GERHARDS, JÜRGEN; RUCHT, DIETER 2002: Shaping Abortion Discourse: Democracy and the Public Sphere in Germany and the United States, Cambridge University Press.

HAFEZ, KAI 2001: Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung, 2 Bd., Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.

STERN, FRANK 1991: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg, Geringen: Bleicher Verlag.

ULLRICH, PETER 2007: Begrenzter Universalismus. Sozialismus, Kommunismus, Arbeiter(innen)bewegung und ihr schwieriges Verhältnis zu Judentum und Nahostkonflikt, Kleine Texte 26, Berlin: AphorismA, 978-3-86575-526-1.

ULLRICH, PETER 2008: Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin: Dietz, ISBN 978-3-320-02156-6, 19,90 Euro.

ULLRICH, PETER 2010: Der Nahostkonflikt – Spielfeld für einen neuen Antisemitismus von links? Ein internationaler Diskursvergleich, in: **HAWEL, MARCUS; BLANKE, MORITZ (HRSG.)**: Der Nahostkonflikt. Befindlichkeiten der deutschen Linken, RLS-Texte 66, S. 67–80, ISBN 978-3-320-02224-2.

Peter Ullrich, Dr. phil., Soziologe/Kulturwissenschaftler, Universität Leipzig, Arbeitsschwerpunkte: Politische Soziologie (Überwachung, soziale Bewegungen, Antisemitismus/Antizionismus) und Medizinische Soziologie.
<http://peterullrich.twoday.net>



Marcus Havel, Moritz Blanke (Hrsg.)
Der Nahostkonflikt
Befindlichkeiten der deutschen Linken
Texte 66 der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
190 Seiten, Broschur, 14,90 €,
ISBN 978-3-320-02224-2

Peter Ullrich
Die Linke, Israel und Palästina
Nahostdiskurse in
Großbritannien und Detschland
Texte 48 der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
328 Seiten, Broschur, 19,90 €
ISBN 978-3-320-02156-6



**IN DER REIHE «STANDPUNKTE»
BEREITS ERSCHIENEN:**

01/2010

INGEMAR LINDBERG: Muster der Solidarität. Beispiele grenzüberschreitenden Widerstandes von Arbeiter/-innen und Gewerkschaften

02/2010

DIETHELM WEIDEMANN: Der Konflikt in Afghanistan

03/2010

ARNE C. SEIFERT: Für ein Ende des NATO-Krieges und eine politischdiplomatische Regelung in Afghanistan

04/2010

BIRGIT DAIBER, CORNELIA HILDEBRANDT:
Für eine fortgesetzte Emanzipation der Linken

05/2010

PETER BIRKE: Zwischen organizing und «sweetheart deals». Der Kampf um die Gewerkschaften in den USA

06/2010

LOTHAR BISKY: Wir haben die Entdeckungen noch vor uns. Erbe und Tradition der Linken zwischen Pluralismus und Identität

07/2010

PETRA SITTE, TOBIAS SCHULZE: Zurück in die Zukunft. Eine Eröffnungsbilanz schwarz-gelber Forschungs- und Innovationspolitik

08/2010

BERND HAHNFELD: Die NATO und die Atomwaffen

09/2010

ALEXANDER S. NEU: Linke Friedenspolitik und kollektive Sicherheit

10/2010

WOLFGANG WIPPERMANN: Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende

11/2010

ARNE C. SEIFERT: Politischer Islam in Zentralasien und Sicherheit im euro-asiatischen Raum

12/2010

Anforderungen an deutsche Friedenspolitik. Thesen zum Gesellschaftspolitischen Forum der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wiesbaden, 11. und 12. Juni 2010

13/2010

PAUL SCH ÄFER UND JERRY SOMMER: Plädoyer für eine andere Iran-Politik

14/2010

MARIO CANDEIAS: Ein fragwürdiger Weltmeister: Deutschland exportiert Arbeitslosigkeit. Vom Exportismus und Wachstumsfetisch zu einer ökosozialistischen «Reproduktionsökonomie»

15/2010

ULRICH BUSCH: Die deutsche Währungsunion am 1. Juli 1990: Bedeutung, Vollzug und Folgen

16/2010

JÖRG ROESLER: Wie es zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion kam

17/2010

ARMIN OSMANOVIC: Vom «Außenseiter» zum Mann des Establishments: Jacob Zumas erstes Jahr im Amt als südafrikanischer Staatspräsident

18/2010

CLAUS-DIETER KÖNIG: Westafrika: «Wann werden die Schönen geboren?»

19/2010

ULLA LÖTZER: Bausteine für eine industriepolitische Offensive der Linken

20/2010

HUBERT LAITKO: Die Sozialismuskonzeption Robert Havemanns im Wandel

21/2010

BÜROGEMEINSCHAFT NINE2FIVE: Von der Weisheit der Vielen zur Organisierung der Unorganisierbaren

22/2010

RAINER RILLING: Welche politische Krise?

23/2010

FIROZE MANJI: Afrikas Entwicklung nach Kolonialismus und nationaler Befreiung

24/2010

BODO RAMELOW: Es ist an der Zeit!
Ein Aufruf zur Demokratisierung der Demokratie

25/2010

RICHARD HEIGL: Das Unbehagen am Staat
Staatskritik bei Wolfgang Abendroth und Johannes Agnoli

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)